



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

1 Die staatlichen Eingriffe reichen von den Coronamaßnahmen über das Steuerrecht mit der Bekämpfung der kalten Progression als schleichender Geldverlust bis hin zu sozialpolitischen Schutz- und Hilfsleistungen gegen Teuerung und Energieknappheit. Hinzu kommen nationale und internationale Verträge. Weil etwa eine Besteuerung der Übergewinne von Energiefirmen oder was auch immer für die Senkung der Strom- und Gaspreise kaum funktioniert, wenn man es nur im eher ohnmächtigen Kleinstaat Österreich statt im Rahmen der EU macht.

2 So weit, so gut. Doch wollen wir mehr oder weniger Staat? Das ist politisch und politikwissenschaftlich umstritten. „Rechte“ und libertäre bzw. liberale Parteien sind an sich wirtschaftspolitisch für weniger Staat. Sie vertrauen lieber dem freien Markt und dortigen Selbstregelungsprozessen. „Linke“ Parteien glauben an die Ordnungskraft des Staates, obwohl dieser in der verstaatlichten Industrie nicht immer ein guter Manager war. Bloß in Krisenzeiten ist man sich einig, dass der Staat uns gefälligst helfen soll.

3 Natürlich entscheiden und handeln für den Staat genau solche Menschen, wie wir es sind. Man nennt sie Politiker, die wir uns durch Wahlen direkt oder indirekt selber ausgesucht haben. Dummerweise gibt es ein Problem. Einer-



Was der Staat alles

Politik hat die Aufgabe, unser aller Zusammenleben zu regeln. Ganz ohne Gesetze, Verordnungen und Verträge würden wir als Gemeinschaft im Chaos leben. Der „Staat“ – gemeint sind auch die Bundesländer und als Staatengebilde die EU – greift deshalb sowohl in die Wirtschaft als auch in unser Privatleben massiv ein.

seits wird von Staat und Politik erwartet, dass sie alle Probleme lösen. Also die Teuerung stoppen, die Energieversorgung sichern und die Coronapandemie beenden.

4 Andererseits wird Politikern, welche das als Wunderwuzzis schaffen sollten, von nahezu allen Berufsgruppen das geringste Vertrauen entgegengebracht. Die erschütternd geringen

Vertrauenswerte für Politiker gelten gleichermaßen für Regierung und Opposition sowie quer durch alle Parteien. Also denken viele: Figuren, denen wir misstrauen, sollen sich am liebsten gar nicht in unser Leben einmischen.

5 Wer sonst soll jedoch Regeln und Maßnahmen beschließen, um gegen Krieg, Inflation und kalte Wohnungen zu kämpfen?

Ein einzelner Durchschnittsösterreicher kann Energie sparen, wird ansonsten aber weltweit nichts ausrichten. Zusätzlich trompeten oft irgendwelche Gruppen im Realen oder Internet Scheinlösungen für alle Probleme Österreichs und der Welt. Sie behaupten ohne jedweden Beleg, die Mehrheitsmeinung zu vertreten.

6 Dabei eignen sich sogar Volksabstimmungen



Krone KREATIV | Fotos: stock.adobe.com

(nicht) machen kann

kaum für das aktuelle Krisenmanagement des Staates, weil sie nach dem Fristenverlauf immer erst in späterer Zukunft stattfinden sowie gemäß der Verfassung in allen Details ausformulierte Gesetzesentwürfe verlangen. Otto Normalverbraucher kann solche Entwürfe nicht schreiben. Dafür braucht es meistens die Hilfe der öffentlich Bediensteten im Staatsapparat.

7 Reine Volksbefragungen wiederum sind nicht einmal rechtlich bindend. In der Schweiz als vermeintliches Musterland der Direktdemokratie findet übrigens keinesfalls über Corona-Verordnungen, währungs-

politische Maßnahmen oder Stromsparbeschlüsse jedes Mal ein Volksentscheid statt. Genauso hat der schweizerische Bundesrat – die Regierung – sowohl die Vorgangsweisen für eine Antiteuerung als auch Sanktionen gegen Russland beschlossen.

8 Das Volk in der sehr direkt-demokratischen Schweiz ist durchaus der Meinung, dass da besser der Staat reagieren soll und das rasch. In der EU kommt hinzu, dass bei einem Beschluss für die Einführung oder Aufhebung aller Sanktionen im Interesse eines gemeinsamen Vorgehens Einstimmigkeit herrschen muss.

Einzelstaatliche Soloaktionen von Österreich oder sonst wem sind hier demzufolge gar nicht möglich.

9 Egal, ob der Staat in den vielen Krisen etwas richtig oder falsch macht, ein Konsens sollte angesichts der Vielfachkrisen bestehen: Das Konzept des Nachwächterstaates passt hinten und vorne nicht. Dieser Begriff meint, dass der Staat möglichst überhaupt nicht in den Wirtschaftsprozess eingreift, also keine aktive Wirtschaftspolitik betreibt. Beschränkt sich heutzutage ein Staat auf Minimalfunktionen wie den Schutz der Bürger gegen Gewalt, so müssten wir in Kür-

ze Monat für Monat Stromrechnungen von Tausenden Euro bezahlen.

10 Was wir beim allgemeinen Schimpfen über den Staat zudem leider wahrhaben sollten: Bundesweite Strompreisbremsen ja oder nein, niederösterreichische Zusatzrabatte ja oder nein, Anbietervorteile zum Beispiel in der Steiermark ja oder nein – wir sind in einer Krisensituation, in der es für den Staat nicht „die“ Lösung gibt. Sondern es bestenfalls um Schadensbegrenzung geht. Da ist unsere Erwartungshaltung „Die Politik soll das lösen!“ unerfüllbar. Auch wenn das keiner hören will.